

„Berliner Tageblatt“
und Sonntags-Beilage
Abonnements-Preis
durch d. Post bezogen, Vierteljahr 6.22, halbjähr 12.44, jährlich 24.88



Abonnements-Preis
durch d. Post bezogen, Vierteljahr 6.22, halbjähr 12.44, jährlich 24.88
Prud und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt

Mittwoch
24. Juni 1908

Nr. 316
37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Hierzu die Wochenbeilage
Technische Rundschau No. 26.

Die Selbständigmachung des Reichslandes.

Von
(Stabsdruck verboten.)
Prof. Dr. Anton Dyrhoff (Münchgn.)

Es soll vorwärts gehen mit der so schwierigen Verwirklichung des Reichslandes. Man hat wenigstens — mit
weniger Glauben — Hoffnungen hierüber
gehabt. Vor allem wurde ein Schreiben des Reichstanklers
am 28. Januar 1908 an den kaiserlichen Statthalter in
Königsberg über die Selbständigmachung des Reichslandes
ausgegeben. In dem Schreiben wird die Selbständigmachung
des Reichslandes als ein Ziel bezeichnet, das die
Reichsregierung sich zu setzen hat. Die Selbständigmachung
des Reichslandes ist ein Ziel, das die Reichsregierung
sich zu setzen hat. Die Selbständigmachung des Reichslandes
ist ein Ziel, das die Reichsregierung sich zu setzen hat.

unabhängig mache, das aber ohne solche Unabhängigkeit in
Landesangelegenheiten die Ausschaltung von Bundesrat
und Reichstag eher schädlich als nützlich ist. Die
Reichsregierung hat sich für die Selbständigmachung
des Reichslandes ausgesprochen. Die Reichsregierung
hat sich für die Selbständigmachung des Reichslandes
ausgesprochen. Die Reichsregierung hat sich für die
Selbständigmachung des Reichslandes ausgesprochen.

Ein Antrag Oregoire und Genossen vom 28. Februar 1907
gestellt im Reichstage, ist wörtlich gleichlautend mit dem
erwähnten Antrag Oög. Die Reform des Landesauschusses
mit Einschluß der Förderung der Selbständigmachung
des Reichslandes ist ein Ziel, das die Reichsregierung
sich zu setzen hat. Die Selbständigmachung des Reichslandes
ist ein Ziel, das die Reichsregierung sich zu setzen hat.

Welcher Art dieser Verwaltungschef sein solle, darüber
gingen die Meinungen auseinander: für eine eigene
Dynamie, für einen Landesfürsten besetzt; man mag dabei
die preussischen Provinzen nicht ausgenommen; man mag dabei
ein Kronprinzenland oder ein preussische Gebirgs-
land anknüpfen. Allerdings wurde ein solcher Ausweg nicht
überall annehmbar abgelehnt. Mehr Beifall würde ein
republikanischer Präsident oder eine sonstige republikanische
Spitze finden. Aber auch mit einem von Berlin lediglich
abhängigen Regenten oder Statthalter, der auf Lebenszeit
oder auf feste Zeit ernannt werden, wäre man zufrieden.

Als ein Bedenken, das den Wünschen des Reichslandes
auf Selbständigmachung entgegensteht, wurde früher
vor allem folgendes bezeichnet: die Verhältnisse in
Königsberg sind noch nicht so weit konsolidiert, daß man
dem Reichsland in solchem Maße Vertrauen schenken könne.
Die hier in Betracht kommenden Verhältnisse zu beurteilen,
ist nicht Sache des Staatsrechtslehrers. Er kann in dieser
Richtung nur darauf hinweisen, daß eine Abweisung
früherer Vorurteile der maßgebenden Faktoren eingetretet
ist. Dies zeigt sich in der Einstellung einer größeren Zahl
von reichsständigen Offizieren in Regimenten mit
königsbergischen Garnisonsorten (seit Herbst 1903), also in einer
Abweichung vom früheren System der ausschließlichen
Verteilung und Verdrängung. Auch die erwählten neuen
entgegenkommenden Erklärungen der Reichsregierung kommen als
Symptome der günstigeren Beurteilung der Lage in
Betracht, wiewohl ihnen die Haltung des königsbergischen
Landes und auf die Beteiligung mit dem deutschen
Volke noch manches zu wünschen hat.

Mit dem erwähnten Bedenken stehen die Gesichtspunkte
im Zusammenhang, die der Reichstankler in Bezug auf
die Selbständigmachung des Reichslandes ausgesprochen hat.
Die Frage des Reichslandes ist ein Ziel, das die Reichsregierung
sich zu setzen hat. Die Selbständigmachung des Reichslandes
ist ein Ziel, das die Reichsregierung sich zu setzen hat.

zum Beispiel gleich Baden und Hessen drei Stimmen im
Bundest, bleibt gleichwohl von Berlin abhängig, so erhöht sich die
von Preußen instruierte Stimmenzahl im Bundestag von 17 auf
58 auf 20 unter 61, der rein ziffermäßige Gewinn ist also
rechtlich ein Verlust. Die Selbständigmachung des Reichslandes
ist ein Ziel, das die Reichsregierung sich zu setzen hat.

Aber noch mehr! Eine solche „Lösung“ der Frage wäre
überhaupt keine Lösung, denn eine von Preußen abhängige
Vertretung im Bundestag ist keine gleichberechtigte Vertretung
Königsbergs, wiewohl es doch vor allem an
Stimmen im Bundestag nicht fehlt. Die Selbständigmachung
des Reichslandes ist ein Ziel, das die Reichsregierung sich zu
setzen hat. Die Selbständigmachung des Reichslandes ist ein
Ziel, das die Reichsregierung sich zu setzen hat.

Der Kern des Problems ist und bleibt also, die tatsächliche
Selbständigmachung gegenüber Berlin sowohl hinsichtlich
der Abstimmung im Bundestag wie auch in den Landes-
angelegenheiten, hier mindestens insoweit, als nicht bedeutende
Reichsinteressen unmittelbar hineinfallen. Dies würde auch
erst Raum schaffen für die freieren, in Süddeutsch-
land vorherrschenden Ideen, insbesondere hinsichtlich
der Wahlrechtsreform.

Das Stichwahlresultat in Moabit.

Der Sozialdemokrat gewählt!
Das Resultat des gestrigen Stichwahlkampfes im 12. Berliner
Wahlkreis (Moabit) ist folgendes:
Abgegebene Stimmen: 620.
Es erhielten:
Prediger Dr. Runge (freimüthige Volkspartei) . . . 307 Stimmen
Stadtvorortner Adolf Hoffmann (Sozialdemokrat) . . . 313
Stimmteiler: Stadtvorortner Adolf Hoffmann (Sozial-
demokrat).
Bei der Wahl am 16. Juni wurden abgegeben für:
Prediger Dr. Runge (freimüthige Volkspartei) . . . 165 Stimmen
Rechtsanwalt Ulrich (konservativ) . . . 164
Stadtvorortner Adolf Hoffmann (Sozialdemokrat) . . . 312
Professor Leidig (nationalliberal) . . . 2
Bei der Wahl am 3. Juni hatten im ganzen in Moabit 714
Wahlmänner gewählt werden. Nach Wegzug der nicht ankun-
gekommenen oder für ungültig erklärten Wähler betrug die Zahl der
Wahlmänner tatsächlich 665. Von diesen haben danach am 16. Juni
648, am 23. aber nur 620 ihr Stimm abgeben.

Der Ausgang der Moabiter Stichwahl kann nicht besonders
überzogen. Nach der Stimmenverteilung, wie sie sich bei
der Hauptwahl vom 16. Juni herausgestellt hatte, war es
unwahrscheinlich, daß die bürgerlichen Parteien den großen
Vorzug der Sozialdemokratie in der Stichwahl einholen
würden. Das wäre nur möglich gewesen, wenn förmliche
bürgerliche Wahlmänner von dem gleichen Pflichten der
bürgerlichen Parteien gewesen wären wie die sozialdemokratischen
Wahlmänner. Davon konnte aber, zum mindesten soweit
die antipreußischen Wähler, die die Wahl in Moabit
in Frage kamen, nicht die Rede sein. Offenbar vermochte
man in diesen Kreisen zwischen einem freimüthigen emanzipierten
und sozialdemokratischen Wahlmännern und Stadtvorortner
Herrn Adolf Hoffmann keinen großen Unterschied zu
entdecken. Es kam aber noch dazu, daß die
Konservativen den ohnehin recht ungenügenden
Stimmenverlust durch die Wahlmänner noch weiter zu dämpfen
bemüht waren. In konservativen Blättern wurde öffentlich
die Nachsicht verbreitet, daß bereits 30 Wahlmänner in die
Stimmzettel abgereicht seien, also an der Stichwahl nicht